

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

---

**Sitzung:** Dienstag, 12.06.2018

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 14:00 Uhr

**Ende:** 23:30 Uhr

---

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader	(Herr Kühn)
Herr Bley	Herr Lehmann
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Frau Pantazis
Herr F. Flake	Herr Rosenbaum
Herr Graffstedt	(Herr Schatta)
Frau Gries	Herr Scherf
Herr M. Hahn	Frau Schneider
Frau S. Hahn	Herr Scholze
Herr Hinrichs	Herr Schrader
Frau vom Hofe	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Frau Jalyschko	Herr Sommerfeld
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	(Herr Weber)
Herr Jordan	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth  
Erster Stadtrat Geiger  
Stadtrat Ruppert  
Stadtbaudirektor Leuer  
Dezernentin Dr. Hesse  
Dezernent Leppa

## **Tagesordnung**

### **Öffentlicher Teil:**

1	Eröffnung der Sitzung	
1.1	Dringlichkeitsantrag: Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023	18-08483
2	Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.04.2018	
3	Mitteilungen	
3.1	Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäudes für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspekt Soziale Integration"	17-05536-01
4	Anträge	
4.1	Strukturelle Benachteiligung der IGSen beenden Antrag der Fraktion Die Linke.	18-07268
4.2	Verbesserung der Sporthallen-Situation in Volkmarode und in Schapen Antrag der CDU-Fraktion	18-07964
4.2.1	Verbesserung der Sporthallen-Situation in Volkmarode und in Schapen Änderungsantrag zum Antrag 18-07964 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-08409
4.3	Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasen- spielfeldern Antrag der SPD-Fraktion	18-07966
4.3.1	Aufstellen einer Kriterienliste für den Ausbau von Kunstrasenspiel- feldern Änderungsantrag zum Antrag 18-07966 Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-08435
4.3.2	Änderungsantrag zu 18-07966: Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasenspielfeldern Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	18-08475
4.3.3	Änderungsantrag zum TOP "Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasenspielfeldern" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.	18-08484
4.4	Nachbarschaftszentren in Stadtquartieren Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-08025
4.4.1	18-08424 - Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen	
4.4.2	18-08479-Änderungsantrag zu 18-08424: Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	
4.5	Begegnungsmöglichkeiten in den Stadtteilen durch Stadtteiltreffs schaffen	18-08284

	Antrag der SPD-Fraktion	
4.5.1	Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen	18-08424
4.5.2	Änderungsantrag zu 18-08424: Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-08479
4.6	Attraktive IT-Konferenzen in Braunschweig Antrag der AfD-Fraktion	18-08078
4.6.1	Änderungsantrag zum Antrag 18-08078. Änderungsantrag der AfD-Fraktion	18-08477
4.7	Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-08175
4.7.1	Qualitätsentwicklung und Entgeltgestaltung in der Kindertagespflege - Änderungsantrag zum TOP "Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen	18-08480
4.7.2	Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege Stellungnahme der Verwaltung	18-08175-01
4.8	Weiterführung des Klimaschutzpreises und Auslobung eines Naturschutzpreises Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU	18-08304
4.8.1	Änderungsantrag zu Antrag Nr. 18-08304 - Weiterführung des Klimaschutzpreises und Auslobung eines Naturschutzpreises Änderungsantrag der SPD-Fraktion	18-08374
4.9	Einrichtung eines Beirates für die wirtschaftliche Stadtentwicklung Antrag der CDU-Fraktion	18-08317
4.10	Anpassung der Homepage der Stadt Braunschweig Antrag der BIBS-Fraktion	18-08372
5	Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses	18-07984
6	Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis	18-07960
7	Feststellung der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit	18-08094
8	Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat	18-08360

**Nichtöffentlicher Teil:**

**Öffentlicher Teil:**

10	Neuvergabe der Konzessionsverträge für Wasser und Fernwärme	18-08198
----	---	----------

11	Zukünftige Ausrichtung von BS Energy	18-08271
11.1	Änderungsantrag zu 18-08271: Zukünftige Ausrichtung von BS Energy	18-08395
	Änderungsantrag der Fraktionen BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P <sup>2</sup>	
11.2	Änderungsantrag zur Vorlage 18-08271 Zukünftige Ausrichtung von BS Energy Änderungsantrag der CDU-Fraktion	18-08402
12	Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023	18-08362
13	Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023	18-06585
13.1	Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023	18-06585-01

**Nichtöffentlicher Teil:**

**Öffentlicher Teil:**

14	Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Volks- hochschule Braunschweig GmbH	18-08173
15	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-07930
16	Haushaltsvollzug 2018 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	18-08236
16.1	Haushaltsvollzug 2018 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	18-08236-01
17	Veräußerung eines ca. 10.498 m <sup>2</sup> großen städtischen Grundstücks am Moorhüttenweg	18-08178
18	Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand	18-08049
19	Übertragung der Trägerschaft für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal auf den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und Einräumung eines Erbbau- rechts	18-08215
20	Konzept zum freien WLAN in Braunschweig	18-08278
21	Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriege- biet Braunschweig-Salzgitter	18-08158
21.1	Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommuna- les Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Änderungsantrag der BIBS-Fraktion	18-08382
21.2	Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommuna- les Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.	18-08393

21.2.1	Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Stellungnahme der Verwaltung	18-08393-01
22	Programmanmeldung "Stadtumbau - Bahnstadt"	18-08153
23	Anfragen	
23.1	Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen Anfrage der SPD-Fraktion	18-07944
23.2	Laufende Rechtsstreitigkeiten über Baugebiete oder Bebauungspläne Anfrage der AfD-Fraktion	18-08398
23.2.1	Laufende Rechtsstreitigkeiten über Baugebiete oder Bebauungspläne	18-08398-01
23.3	Kein Mietspiegel ab Juli 2018? Anfrage der Fraktion Die Linke.	18-08394
23.3.1	Kein Mietspiegel ab Juli 2018?	18-08394-01
23.4	Sachstand: Austausch mit der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles Anfrage der BIBS-Fraktion	18-08396
23.4.1	Sachstand: Austausch mit der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles	18-08396-01
23.5	Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt Anfrage der SPD-Fraktion	18-07637
23.5.1	Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt	18-07637-01
23.6	Zustand des Fernwärmennetzes Anfrage der AfD-Fraktion	18-08397
23.6.1	Zustand des Fernwärmennetzes	18-08397-01

**Nichtöffentlicher Teil:**

## Protokoll

### Öffentlicher Teil:

#### 1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass den Ratsmitgliedern nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

- Zu TOP 4.3: Aufstellen einer Kriterienliste für den Ausbau von Kunstrasenspielfeldern:  
Änderungsantrag 18-08435 der CDU-Fraktion  
Änderungsantrag 18-08475 der BIBS-Fraktion
- Zu TOP 4.4/4.5: Bedarfsplan Nachbarschaftszentren/Begegnungsmöglichkeiten in Stadtteilen:  
Änderungsantrag 18-08424 der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen und Änderungsantrag 18-08479 der AfD-Fraktion
- Zu TOP 4.6 Attraktive IT-Konferenzen:  
Änderungsantrag 18-08477 der AfD-Fraktion
- Zu TOP 4.7: Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege:  
Stellungnahme 18-08175-01 und Änderungsantrag 18-08480 der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen
- Zu TOP 8: Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat:  
Beschlussvorlage 18-08360
- Zu TOP 12: Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023:  
Beschlussvorlage 18-08362
- Zu TOP 13: Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffen und Schöffen:  
Vorlage 18-06585-01
- Zu TOP 21.2: Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter:  
Stellungnahme 18-08393-01

Ratsvorsitzender Graffstedt schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5 gemeinsam zu beraten, da zu diesen Punkten zwei Änderungsanträge vorliegen, die die Ursprungsanträge ersetzen.

Er teilt weiter mit, dass Tagesordnungspunkt 12 -Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl von Schöffen und Schöffen- in der heutigen Sitzung entfällt.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass von der AfD-Fraktion folgender Dringlichkeitsantrag vorliegt: 18-08483 –Dringlichkeitsantrag: Wahl der Vertrauenspersonen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023. Ratsherr Wirtz begründet die Dringlichkeit. Stadtrat Ruppert gibt zur Frage der Dringlichkeit eine Stellungnahme ab. Anschließend lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei 4 Fürstimmen nicht anerkannt und der Antrag somit nicht in die Tagesordnung aufgenommen wird.

Ratsvorsitzender Graffstedt weist ferner darauf hin, dass der unter Tagesordnungspunkt 11 genannte Änderungsantrag 18-08402 vorgezogen und unter Tagesordnungspunkt 9 behandelt wird, da er thematisch diesem Punkt zuzuordnen ist. Er teilt mit, dass vorgesehen ist, den Tagesordnungspunkt 10 nach den Tagesordnungspunkten 9 und 11 zu behandeln.

Ratsvorsitzender Graffstedt führt weiter aus, dass die Tagesordnungspunkte 9 und 11 nach der ersten Pause behandelt werden sollen und zu Beginn der Beratung dieser Punkte zunächst in öffentlicher Sitzung eine allgemeine Einführung durch Oberbürgermeister Markurth und Ersten Stadtrat Geiger erfolgen wird. In der weiteren öffentlichen Aussprache sollen die

Änderungsanträge 18-08395 und 18-08402 eingebbracht und der interfraktionelle Änderungsantrag 18-08395 abgestimmt werden. Im Anschluss daran wird in nichtöffentlicher Sitzung die Beratung und Beschlussfassung zu TOP 9 mit der Vorlage 18-08272 und dem Änderungsantrag 18-08402 erfolgen. Die Beschlussfassung über die Vorlage 18-08271 unter TOP 11 erfolgt daran anschließend wieder in öffentlicher Sitzung.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt ferner mit, dass gem. § 23 Abs. 6 der Geschäftsordnung Anfragen, die sich auf einen auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstand beziehen, im Zusammenhang mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes mitbehandelt werden können und der Ältestenrat vorschlägt, die unter TOP 23.6 aufgeführte Anfrage 18-08397 der AfD-Fraktion -Zustand des Fernwärmesetz- zusammen mit TOP 10 -Neuvergabe der Konzessionsverträge Wasser und Fernwärme- zu behandeln.

Ratsvorsitzender Graffstedt gibt bekannt, dass zur Beratung in nichtöffentlicher Sitzung neben Tagesordnungspunkt 9 auch die Tagesordnungspunkte 25 bis 27 vorgesehen sind, so dass die Tagesordnung zwei nichtöffentliche Teile in dieser Sitzung vorsieht.

Anschließend lässt er über die Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese bei einer Enthaltung angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:15 Uhr in die Beratung ein.

## **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 24.04.2018**

### **Ergebnis:**

Das Protokoll der Sitzung vom 24.04.2018 wird einstimmig genehmigt.

## **3. Mitteilungen**

- |   |                    |
|---|--------------------|
| <b>3.1. Weststadt "Soziale Stadt - Donauviertel" - Sanierung eines Gebäudes für den "Campus Donauviertel" im Rahmen der Förderrichtlinie "Investitionspekt Soziale Integration"</b> | <b>17-05536-01</b> |
|---|--------------------|

### **Ergebnis:**

Die Mitteilung 17-05536-01 wird zur Kenntnis genommen.

## **4. Anträge**

Stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann übernimmt die Sitzungsleitung.

- |   |                 |
|---|-----------------|
| <b>4.1. Strukturelle Benachteiligung der IGSen beenden Antrag der Fraktion Die Linke.</b> | <b>18-07268</b> |
|---|-----------------|

Ratsfrau Ohnesorge bringt den Antrag 18-07268 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Antrag abstimmen.

### **Beschluss:**

„Der Rat möge beschließen:

Die strukturelle Benachteiligung der IGSen hinsichtlich der Aufnahme auswärtiger Schülerinnen und Schüler wird aufgehoben. Ab dem Schuljahr 2019/2020 sollen auch die IGSen auswärtige Schülerinnen und Schüler aufnehmen können.“

### **Abstimmungsergebnis:**

bei 7 Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

<b>4.2. Verbesserung der Sporthallen-Situation in Volkmarode und in Schapen Antrag der CDU-Fraktion</b>	<b>18-07964</b>
<b>4.2.1. Verbesserung der Sporthallen-Situation in Volkmarode und in Schapen Änderungsantrag zum Antrag 18-07964 Änderungsantrag der CDU-Fraktion</b>	<b>18-08409</b>

Der Änderungsantrag 18-08409 ersetzt den Antrag 18-07964. Ratsherr Wendroth bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Änderungsantrag 18-08409 abstimmen.

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08409:**

„1. An die Sporthalle Schapen wird ein Gymnastikraum mit einer Größe von 150m<sup>2</sup> angebaut. Die Verwaltung beginnt umgehend mit den notwendigen Planungen.

2. Die Verwaltung unternimmt alles, damit der ursprünglich in Mitteilung 18-07310 kommunizierte Zeitplan (Planung 2018/19 und Bau in 2020/21) auch beim Neubau der 3-Feld-Sporthalle der IGS Volkmarode eingehalten wird.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

<b>4.3. Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasen- spielfeldern Antrag der SPD-Fraktion</b>	<b>18-07966</b>
<b>4.3.1. Aufstellen einer Kriterienliste für den Ausbau von Kunstrasen- spielfeldern Änderungsantrag zum Antrag 18-07966 Änderungsantrag der CDU-Fraktion</b>	<b>18-08435</b>
<b>4.3.2. Änderungsantrag zu 18-07966: Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasenspielfeldern Änderungsantrag der BIBS-Fraktion</b>	<b>18-08475</b>
<b>4.3.3. Änderungsantrag zum TOP "Aufstellen einer Prioritätenliste für den Ausbau von Kunstrasenspielfeldern" Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU, Bündnis90/Die Grünen und Die Linke.</b>	<b>18-08484</b>

Ratsvorsitzender Graffstedt bringt den Änderungsantrag 18-08484 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 18-07966 und den Änderungsantrag 18-08435 ersetzt. Ratsherr Dr. Dr. Büchs bringt den Änderungsantrag 18-08475 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über den Änderungsantrag 18-08475 und anschließend über den Änderungsantrag 18-08484 abstimmen.

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08475:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtsportbundes und des NFV Kreis Braunschweig eine verbindliche Kriterienliste für den Bau von Kunstrasenplätzen in Braunschweig zu erstellen.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 3 Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08484:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, unter Beteiligung des Stadtsportbundes und des NFV Kreis Braunschweig eine verbindliche Kriterienliste für den Bau von Kunstrasenplätzen sowie eine Prioritätenliste für den sukzessiven Ausbau des Angebotes an Kunstrasenspielfeldern in Braunschweig zu erstellen.“

Die Prioritätenliste soll als Richtschnur für künftiges transparentes Verwaltungshandeln und

entsprechend notwendige politische Entscheidungen dienen. Sie wird in das jeweilige lt. Masterplan 2030 aufzustellende Arbeitsprogramm eingearbeitet und kann bei auftretenden Veränderungen jeweiliger Rahmenbedingungen im Bedarfsfall begründet verändert werden. Dies ist dann bei dem Vorschlag der jeweiligen Einzelmaßnahmen zu begründen.

Es soll dabei nach dem Grundsatz verfahren werden, dass der Erhalt bestehender Kunstrasenfelder Vorrang vor dem Neubau hat.

Zur Umsetzung dieser Prioritätenliste werden entsprechende Haushaltsmittel für die Sanierung der vorhandenen sowie für die Erstellung von ein bis zwei Kunstrasenfeldern pro Jahr in den Haushalt eingestellt.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

<b>4.4. Nachbarschaftszentren in Stadtquartieren Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>18-08025</b>
<b>4.5. Begegnungsmöglichkeiten in den Stadtteilen durch Stadtteil- treffs schaffen Antrag der SPD-Fraktion</b>	<b>18-08284</b>
<b>4.5.1. Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grü- nen</b>	<b>18-08424</b>
<b>4.5.2. Änderungsantrag zu 18-08424: Bedarfsplan Nachbarschaftszentren - Änderungsantrag zu den Anträgen 18-08025 und 18-08284 Änderungsantrag der AfD-Fraktion</b>	<b>18-08479</b>

Es findet eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 4.4 und 4.5 statt. Ratsfrau Dr. Flake und Ratsfrau Schütze bringen den Änderungsantrag 18-08424 ein, begründen diesen und erklären, dass dieser die Anträge 18-08025 und 18-08284 ersetzt. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag 18-08479 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst über den Änderungsantrag 18-08749 und anschließend über den Änderungsantrag 18-08424 abstimmen.

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08479:**

„Der Beschlussvorschlag wird ergänzt um nachfolgenden (kursiv verfassten) Punkt:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Bedarfsplan Nachbarschaftszentren“ zu erarbeiten. Dieser soll eine Prioritätenliste zur Weiterentwicklung vorhandener oder Schaffung neuer Nachbarschaftszentren enthalten und den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

*Die Verwaltung möge vorbereitend einen zusammenfassenden Bericht erstellen, welcher Angaben enthält über:*

- die jeweiligen Betriebskosten aller zur Zeit existierenden Nachbarschaftstreffs, Begegnungsstätten, Kulturzentren usw., sowie deren Zuschußbedarf*
- die dort jeweils eingesetzte Personalstärke und die jeweils anfallenden Personalkosten*
- die Akzeptanz dieser bestehenden Einrichtungen, dargestellt durch Besucher- oder Nutzerzahlen pro Jahr*
- die kulturelle und soziale Zusammensetzung dieser Besucher im Vergleich zur kulturellen Zusammensetzung der umliegenden Stadtteilbevölkerung*

*Zusätzlich möge die Verwaltung ein Konzept entwickeln, wie sie den tatsächlichen Vor-Ort-Bedarf für solche Nachbarschaftszentren ermitteln und die Zustimmung der Anwohner erhalten will, da die bisher erhaltenen Ergebnisse aus dem Vorlauf des ISEK nicht repräsentativ sind.*

Die Aufstellung des Bedarfsplans ist ein mehrstufiger, umfangreicher Prozess. Dieser soll als Beteiligungsprozess gestaltet werden. Die Ratsgremien sind über die Erarbeitung und Umsetzung des Bedarfsplans zu unterrichten. Ein erster Zwischenbericht soll im 1. Quartal 2019 vorgelegt werden. Die Erarbeitung des Bedarfsplans erfolgt, wie im Sachverhalt beschrieben.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Fürstimmen abgelehnt

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08424:**

„Die Verwaltung wird beauftragt, einen „Bedarfsplan Nachbarschaftszentren“ zu erarbeiten. Dieser soll eine Prioritätenliste zur Weiterentwicklung vorhandener oder Schaffung neuer Nachbarschaftszentren enthalten und den Ratsgremien zur Beschlussfassung vorgelegt werden.“

Die Aufstellung des Bedarfsplans ist ein mehrstufiger, umfangreicher Prozess. Dieser soll als Beteiligungsprozess gestaltet werden. Die Ratsgremien sind über die Erarbeitung und Umsetzung des Bedarfsplans zu unterrichten. Ein erster Zwischenbericht soll im 1. Quartal 2019 vorgelegt werden. Die Erarbeitung des Bedarfsplans erfolgt, wie im Sachverhalt beschrieben.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

**4.6. Attraktive IT-Konferenzen in Braunschweig  
Antrag der AfD-Fraktion**

**18-08078**

**4.6.1. Änderungsantrag zum Antrag 18-08078.  
Änderungsantrag der AfD-Fraktion**

**18-08477**

Ratsherr Scherf bringt den Änderungsantrag 18-08477 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 18-08078 ersetzt. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Änderungsantrag 18-08477 abstimmen.

**Beschluss:**

„Die Verwaltung wird beauftragt mit der Braunschweig Zukunft GmbH, den Braunschweiger IT-Unternehmen, der TU-Braunschweig, Hoteliers, der Braunschweig Stadtmarketing GmbH, der Allianz für die Region und den Betreibern möglicher Veranstaltungsorte (Stadthalle, VW-Halle, ..) Gespräche zur Veranstaltung attraktiver IT-Konferenzen in Braunschweig aufzunehmen.“

Ziel der Gespräche soll sein:

1. Festzustellen, ob die Unternehmen Interesse an überregionalen, attraktiven IT-Konferenzen in Braunschweig haben und in welcher Form die Unternehmen dieses Vorhaben unterstützen würden.

2. Ein grobes Konzept zur weiteren Vorgehensweise zu entwickeln.

Der Antrag beinhaltet nur die Erstellung eines Grobkonzepts, die Entscheidung über eine mögliche Umsetzung soll separat erfolgen.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Fürstimmen abgelehnt

<b>4.7. Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>	<b>18-08175</b>
<b>4.7.1. Qualitätsentwicklung und Entgeltgestaltung in der Kindertagespflege - Änderungsantrag zum TOP "Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege"</b>	<b>18-08480</b>
<b>Änderungsantrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen</b>	

<b>4.7.2. Leistungsgerechte Bezahlung in der Kindertagespflege Stellungnahme der Verwaltung</b>	<b>18-08175-01</b>
---	--------------------

Ratsfrau Dr. Flake bringt den Änderungsantrag 18-08480 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser den Antrag 18-08175 ersetzt. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Änderungsantrag 18-08480 abstimmen.

### **Beschluss:**

„In der Kindertagespflege wird stufenweise ein differenziertes System der Bezahlung von Tagespflegepersonen eingeführt. Die laufende Geldleistung nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB VIII wird im Sinne von § 23 Abs. 2a Satz 2 SGB VIII leistungsgerecht ausgestaltet, indem zukünftig ein Basisentgelt und Zuschläge nach Maßgabe der folgenden Punkte gewährt werden.“

#### **1. Basisentgelt**

Der nach § 23 Abs. 2 Nr. 1 und 2 SGB VIII zu zahlende Betrag für die laufenden Geldleistungen in der Kindertagespflege von derzeit 4,10 € wird zum 1. August 2018 auf 4,80 € erhöht (Basisentgelt).

Die Verwaltung legt die sachgerechte Aufteilung der laufenden Geldleistung in Sachkosten-erstattung (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) und Förderungsleistung (§ 23 Abs. 2 Nr. 2 SGB VIII) fest.

#### **2. Leistungszuschlag**

Tagespflegepersonen, die im Kalenderjahr mehr als 4500 Betreuungsstunden für Kinder aus Braunschweig erbringen, wird ab der 4501. Betreuungsstunde ein Leistungszuschlag von 0,50 € pro Betreuungsstunde auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. Abs. 2a SGB VIII gezahlt; diese Regelung tritt zum 1. August 2018 in Kraft.

Die Abrechnung der Leistungszuschläge erfolgt quartalsweise jeweils zum Quartalsende.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Regelung zum Leistungszuschlag unter Beteiligung der Tagespflegepersonen bis zum Herbst 2020 zu evaluieren. Das Ergebnis ist den Ratsgremien rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen für 2021 vorzulegen.

#### **3. Dynamisierung**

Das Basisentgelt nach Nr. 1 wird zum 1. Januar 2020 von 4,80 € auf 4,90 € erhöht.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zum Herbst 2020 - rechtzeitig vor Beginn der Haushaltsberatungen - den Ratsgremien einen Vorschlag für eine Dynamisierung der laufenden Geldleistung vorzulegen.

#### **4. Weitere leistungsgerechte Ausdifferenzierung**

Nach Möglichkeit zum 1. August 2019 soll der Leistungszuschlag auf der Grundlage von § 23 Abs. 2 Nr. 2 i. V. m. Abs. 2a SGB VIII weiter ausdifferenziert werden. Leistungszuschläge sollen auch in den folgenden Fällen gezahlt werden, für die von der Verwaltung genauere Voraussetzungen und Modalitäten zu entwickeln sind:

- Zuschlag für mehrjährige Erfahrung in der Tätigkeit als Erzieher/in, Sozialassistent/in, Kinderpfleger/in oder Tagespflegeperson, sofern regelmäßige Fortbildungen erfolgt sind oder spezielle Qualifikationen erworben wurden.
- Zuschlag für die Betreuung zu besonderen Zeiten (Abendstunden, Wochenenden etc.), wenn diese begründet erforderlich ist.

- Ein Integrationszuschlag für Kinder mit besonderem Förderbedarf, sofern entsprechende Qualifikationen nachgewiesen werden können. Dazu gehört auch ein Zuschlag für Kinder, für die vom Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) ein entsprechender Förderbedarf als erforderlich angesehen wird.
- Eine angemessene Aufwandsentschädigung für die Mitarbeit von Tagespflegepersonen in Gremien (Interessenvertretung, Fachvertretung, Mitarbeit in Arbeitsgruppen).

Die Verwaltung wird beauftragt, den Ratsgremien 2019 rechtzeitig eine entsprechende Beschlussvorlage vorzulegen, die an der gemeinsamen kooperativen Erarbeitung im Rahmen des Workshops vom 21. April 2018 anknüpft. Dazu soll eine Abstimmung mit Vertreter/innen der Kindertagespflegepersonen erfolgen, und der Jugendhilfeausschuss soll die einzelnen Vorschläge umfassend beraten können.

## **5. Zuschlag zur Sachkostenerstattung**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob in besonderen Fällen ein Zuschlag zur Sachkostenerstattung (§ 23 Abs. 2 Nr. 1 SGB VIII) für die Anmietung von Räumlichkeiten oder für einen Teil der Mietkosten der eigenen Wohnung der Tagespflegeperson erfolgen kann, wenn nachweislich noch festzulegende akzeptable Kosten überschritten werden, und welche Auswirkungen ein solcher Zuschlag haben könnte.

Das Ergebnis der Prüfung ist dem Jugendhilfeausschuss mitzuteilen, damit dieser umfassend beraten und entscheiden kann.

## **6. Vermeidung von Zuzahlungen**

Es wird angestrebt, Zuzahlungen durch die Eltern oder anderen Erziehungsberechtigten der Kinder an Tagespflegepersonen überflüssig zu machen. Dazu gehören nicht Essengeld, Geld für Windeln und andere zusätzliche Kosten, die auch von Kindertagesstätten zusätzlich zur Entgeltstaffel erhoben werden. Das Ergebnis einer entsprechenden Prüfung und Einschätzung durch die Verwaltung ist dem Jugendhilfeausschuss mitzuteilen, damit dieser umfassend beraten und entscheiden kann.

## **7. Urlaubs- und Krankheitszeiten**

Die Stadt ist bestrebt eine gesetzeskonforme Regelung für die Bezahlung von Urlaubs- und Krankheitszeiten zu finden. Die Verwaltung wird gebeten, dazu die Praxis anderer Kommunen zu untersuchen und dem Jugendhilfeausschuss zeitnah berichten.“

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

<b>4.8. Weiterführung des Klimaschutzpreises und Auslobung eines Naturschutzpreises</b> <b>Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU</b>	<b>18-08304</b>
<b>4.8.1. Änderungsantrag zu Antrag Nr. 18-08304 - Weiterführung des Klimaschutzpreises und Auslobung eines Naturschutzpreises</b> <b>Änderungsantrag der SPD-Fraktion</b>	<b>18-08374</b>

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Antrag 18-08304 ein und begründet diesen. Ratsherr Dobberphul bringt den Änderungsantrag 18-08374 ein und begründet diesen. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz getrennte Abstimmung über den Klimaschutzpreis und den Naturschutzpreis. Im Anschluss an die Aussprache stellt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann zunächst den Antrag 18-08304 getrennt nach Klimaschutzpreis und Naturschutzpreis zur Abstimmung. Anschließend lässt er über den Änderungsantrag 18-08374 abstimmen.

### **Beschluss (ergänzt um den Änderungsantrag 18-08374):**

„Der Klimaschutzpreis soll in 2019 und danach in allen ungeraden Jahren vergeben werden. Diese Form der Anerkennung soll im Wechsel mit einem neu auszulobenden Naturschutzpreis, der in geraden Jahren, erstmalig in 2020, vergeben wird, im zweijährigen Turnus durchgeführt werden.“

Die Verwaltung wird gebeten, die Ausschreibung für den Klimaschutzpreis 2019 mit ausreichendem Vorlauf bereits im Jahr 2018 zu veröffentlichen und zu bewerben. Zukünftig sollen finanzielle Mittel für beide Preise im Haushaltsplan berücksichtigt werden. Ein Konzept für den Naturschutzpreis soll ähnlich zur Struktur des Klimaschutzpreises durch die Verwaltung erarbeitet werden.

Die Verwaltung wird gebeten, parallel zur Auslobung des Klimaschutz- bzw. des Naturschutzpreises jeweils einen Preis für Kinder und Jugendliche auszuloben, der sich speziell an Kindergartengruppen und Schulklassen richtet und diese zur Teilnahme motivieren soll.“

**Abstimmungsergebnis:**

getrennte Abstimmung:

Absatz 1, Satz 1: bei 4 Gegenstimmen beschlossen

Absatz 1, Satz 2: einstimmig beschlossen

Absatz 2, Satz 1: einstimmig beschlossen

Absatz 2, Satz 2 u. 3: bei 4 Enthaltungen beschlossen

Ergänzung um den Änderungsantrag 18-08374: bei 4 Gegenstimmen beschlossen

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08374:**

Der Hauptantrag wird um folgenden Zusatz ergänzt:

„Die Verwaltung wird gebeten, parallel zur Auslobung des Klimaschutz- bzw. des Naturschutzpreises jeweils einen Preis für Kinder und Jugendliche auszuloben, der sich speziell an Kindergartengruppen und Schulklassen richtet und diese zur Teilnahme motivieren soll.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Gegenstimmen beschlossen

**4.9. Einrichtung eines Beirates für die wirtschaftliche Stadtentwicklung** 18-08317  
**Antrag der CDU-Fraktion**

Ratsherr Hinrichs bringt den Antrag 18-08317 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Antrag abstimmen.

**Beschluss:**

„Die Verwaltung wird gebeten, bis Ende 2018 die Grundlagen für die Einrichtung eines Beirates für die wirtschaftliche Entwicklung Braunschweigs zu schaffen und die Gründung dem Rat über seine Ausschüsse vorzulegen.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei einigen Fürstimmen abgelehnt

**4.10. Anpassung der Homepage der Stadt Braunschweig** 18-08372  
**Antrag der BIBS-Fraktion**

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 18-08372 ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über den Antrag 18-08372 abstimmen.

**Beschluss:**

„Das Stadtmarketing Braunschweig möge die Behauptung, dass es sich bei der Braunschweiger Quadriga um die „größte Quadriga Europas“ handele, von der Internetseite streichen.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 5 Fürstimmen und einigen Enthaltungen abgelehnt

**5. Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses**

18-07984

**Beschluss:**

„Frau Polizeihauptkommissarin Ines Fricke wird beratendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Die Vertretung wird Herr Kriminalhauptkommissar Frank Schunter wahrnehmen.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**6. Berufung eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis**

18-07960

**Beschluss:**

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Rühme	Stellvertretender Ortsbrandmeister	Dr. Grüermann, Kai

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**7. Feststellung der Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit**

18-08094

**Beschluss:**

„Frau Stadträtin Dr. Andrea-Katharina Hanke, Leiterin des Dezernates V Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat, ist aufgrund ihrer Berufung in das Beamtenverhältnis auf Zeit bei der Region Hannover gemäß § 22 Abs. 2 des Beamtenstatusgesetzes mit Ablauf des 14. Mai 2018 aus dem Beamtenverhältnis auf Zeit zur Stadt Braunschweig kraft Gesetzes entlassen.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

**8. Besetzung der Stelle der Stadträtin oder des Stadtrates für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat**

18-08360

Oberbürgermeister Markurth bringt die Vorlage 18-08360 ein und begründet den Besetzungsvorschlag. Die vorgeschlagene Bewerberin Frau Dr. Arbogast stellt sich mit einem Kurzvortrag vor. Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass es sich um eine Wahl handelt und erläutert, dass auf Verlangen eines Ratsmitgliedes geheim zu wählen ist. Rats herr Wirtz beantragt geheime Wahl. Nach Abschluss der Wahlhandlung gibt Ratsvorsitzender Graffstedt das Wahlergebnis bekannt und stellt fest, dass Frau Dr. Arbogast mit 31 Ja-Stimmen gewählt ist. Frau Dr. Arbogast erklärt anschließend, dass sie die Wahl annimmt.

**Beschluss:**

„Frau Dr. Christine Arbogast wird für eine Amtszeit von 8 Jahren als Stadträtin für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat gewählt.

Frau Dr. Arbogast erhält Dienstbezüge der Bes.-Gr. B 6 und eine Dienstaufwandsentschädigung in Höhe von derzeit 171,28 € monatlich.“

**Wahlergebnis:**

bei 31 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen gewählt

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung von 18:00 Uhr bis 18:45 Uhr für eine Pause. Nach der Pause findet von 18:50 bis 19:35 Uhr die Einwohnerfragestunde statt. Anschließend wird die Beratung der Tagesordnung mit der Behandlung der Punkte 9 und 11 fortgesetzt.

<b>9. Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	<b>18-08272</b>
<b>11. Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	<b>18-08271</b>
<b>11.1. Änderungsantrag zu 18-08271: Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	<b>18-08395</b>
<b>Änderungsantrag der Fraktionen BIBS, Die Linke. und der Gruppe Die Fraktion P<sup>2</sup></b>	
<b>11.2. Änderungsantrag zur Vorlage 18-08271</b>	<b>18-08402</b>
<b>Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	
<b>Änderungsantrag der CDU-Fraktion</b>	

Es findet eine gemeinsame Beratung der Tagesordnungspunkte 9 und 11 in öffentlicher Sitzung statt. Zunächst erfolgt eine allgemeine Einführung in das Thema durch Oberbürgermeister Markurth und Ersten Stadtrat Geiger. Im Anschluss daran bringt Ratsherr Wendroth den Änderungsantrag 18-08402 ein und begründet diesen. Ratsherr Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 18-08395 ein und begründet diesen. Nach der öffentlichen Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den Änderungsantrag 18-08395 abstimmen und schließt die öffentliche Sitzung um 21:07 Uhr zur Behandlung der nichtöffentlichen Vorlagen. In nichtöffentlicher Sitzung stellt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst den Änderungsantrag 18-08402 und im Anschluss daran die nichtöffentliche Vorlage 18-08272 zur Abstimmung. Anschließend wird um 21:08 Uhr der nichtöffentliche Teil beendet und die Öffentlichkeit wiederhergestellt. Sodann lässt er über die öffentliche Vorlage 18-08271 abstimmen.

#### **Beschluss zu Änderungsantrag 18-08395:**

„Von der der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) im „Vorvertrag in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung der BS|Energy“ eingeräumten Möglichkeit des sogenannten Last Call hinsichtlich der von Veolia zu veräußernden Gesellschaftsanteile wird Gebrauch gemacht.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

bei 7 Fürstimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

#### **Nichtöffentlicher Teil:**

<b>9. Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	<b>18-08272</b>
<b>11.2. Änderungsantrag zur Vorlage 18-08271</b>	<b>18-08402</b>
<b>Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	
<b>Änderungsantrag der CDU-Fraktion</b>	

#### **Öffentlicher Teil:**

<b>11. Zukünftige Ausrichtung von BS Energy</b>	<b>18-08271</b>
---	-----------------

#### **Beschluss zu Vorlage 18-08271:**

- „1. Der Auswahl der Thüga AG als Präferierter Bieter und damit deren mittelbarer Beteiligung an der Braunschweiger Versorgungs-Aktiengesellschaft & Co. KG (BS|Energy) und der Braunschweiger Versorgungs-Verwaltungs-Aktiengesellschaft (BVVAG) wird zugesagt.“
2. Im Zusammenhang mit der Auswahl der Thüga AG als Präferierter Bieter wird dem Abschluss und der Unterzeichnung der Beitritts- und Ergänzungsvereinbarung zum Konsortialvertrag durch den Konzern Stadt Braunschweig zugestimmt.

3. Von der der Stadt Braunschweig Beteiligungs-Gesellschaft mbH (SBBG) im „Vorvertrag in Bezug auf die zukünftige Ausrichtung der BS|Energy“ eingeräumten Möglichkeit des sogenannten Last Call hinsichtlich der von Veolia zu veräußernden Gesellschaftsanteile wird zugunsten der mittelbaren Beteiligung der Thüga AG als Präferierter Bieter an der BS|Energy und BVVAG kein Gebrauch gemacht.
4. Die Vertreter der Stadt in der Gesellschafterversammlung der SBBG werden angewiesen, die Geschäftsführung der SBBG im Zusammenhang mit der Auswahl des Präferierten Bieters und dessen mittelbarer Beteiligung an der BS|Energy und BVVAG zu veranlassen, die erforderlichen Verträge und Vereinbarungen abzuschließen sowie die erforderlichen Beschlüsse und Erklärungen abzugeben.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 3 Enthaltungen beschlossen

<b>10. Neuvergabe der Konzessionsverträge für Wasser und Fernwärme</b>	<b>18-08198</b>
<b>23.6. Zustand des Fernwärmennetzes</b>	<b>18-08397</b>
<b>Anfrage der AfD-Fraktion</b>	

**23.6.1. Zustand des Fernwärmennetzes** **18-08397-01**

Es erfolgt zunächst die Beantwortung der unter Tagesordnungspunkt 23.6 aufgeführten Anfrage 18-08397 der AfD-Fraktion durch Ersten Stadtrat Geiger (Stellungnahme 18-08397-01). Nach weiterer Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage abstimmen.

**Beschluss:**

„Den als Anlagen 1 und 2 beigefügten Konzessionsverträgen für die Medien Wasser und Fernwärme zwischen der Stadt Braunschweig und BS|Energy wird zugestimmt“.

**Abstimmungsergebnis:**

bei 3 Enthaltungen beschlossen

<b>12. Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023</b>	<b>18-08362</b>
---	-----------------

Der Tagesordnungspunkt entfällt.

<b>13. Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023</b>	<b>18-06585</b>
<b>13.1. Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023</b>	<b>18-06585-01</b>
<b>13.2. Änderungsantrag zu Vorlage 18-06585, Wahl der Schöffen am Amts- und Landgericht für 2019 – 2023</b>	<b>18-08486</b>

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass zu den öffentlichen Vorlagen 18-06585 und 18-06585-01 der nichtöffentliche Änderungsantrag 18-08486 der AfD-Fraktion vorliegt. Er nimmt Bezug auf die Öffentlichkeit der Sitzung und erläutert, dass die Öffentlichkeit auszuschließen ist wenn berechtigte Interessen Einzelner dies erfordern. Ratsherr Wirtz führt aus, dass er bei der Einbringung und Begründung des Änderungsantrages 18-08486 auf persönliche Belange einzelner Personen der Vorschlagslisten eingehen wird. Ratsvorsitzender Graffstedt schließt daraufhin die Öffentlichkeit von der Sitzung aus und es findet von 21:25 Uhr bis 21:29 Uhr eine nichtöffentliche Beratung statt. Ratsherr Wirtz bringt den Änderungsantrag ein und begründet diesen. Weitere Wortmeldungen in nichtöffentlicher Sitzung erfolgen nicht.

Anschließend stellt Ratsvorsitzender Graffstedt die Öffentlichkeit wieder her und lässt zunächst über den Änderungsantrag 18-08486 und im Anschluss daran über die Vorlage 18-06585-01 abstimmen.

**Beschluss zu Vorlage 18-06585-01:**

„Der Rat der Stadt Braunschweig stimmt der Vorschlagsliste (Liste 1 - Teil A und B) zur Wahl der Schöfinnen und Schöffen am Amts- und Landgericht für die Geschäftsjahre 2019 bis 2023 unter Berücksichtigung der Änderung (Nr. 2310) und der Streichungen der zwischenzeitlich zurückgezogenen Bewerbungen gemäß Liste 1.2. zu.“

Die interessierten Bürgerinnen und Bürger, die die Altersgrenzen nicht einhalten (Liste 2), die keinen Wohnsitz in Braunschweig haben (Liste 3), die Polizeivollzugsbeamte sind (Liste 4) oder deren Antrag erst nach dem 28.2.2018 eingegangen ist (Liste 5) werden nicht in die Vorschlagsliste aufgenommen.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Gegenstimmen und 1 Enthaltung beschlossen

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber übernimmt die Sitzungsleitung.

- 14. Bestellung eines städtischen Vertreters im Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH** 18-08173

**Beschluss:**

**„Frau Eva Bender**

(Oberbürgermeister bzw. von ihm vorgeschlagener Vertreter)

wird in den Aufsichtsrat der Volkshochschule Braunschweig GmbH entsandt.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

- 15. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €** 18-07930

**Beschluss:**

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

- 16. Haushaltsvollzug 2018** 18-08236

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

- 16.1. Haushaltsvollzug 2018** 18-08236-01

hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Ratsherr Wirtz beantragt die getrennte Abstimmung der in der Vorlage 18-08236-01 genannten Projekte. Sodann lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst über die Vorlage 18-08236-01 getrennt für beide Projekte und im Anschluss daran über die Vorlage 18-08236 abstimmen.

**Beschluss:**

„Den in den Vorlagen 18-08236 und 18-08326-01 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

**Abstimmungsergebnis:**

getrennte Abstimmung

Vorlage 18-08236: einstimmig beschlossen

Vorlage 18-08236-01:

-Projekt Krippenausbau Neue Knochenhauerstr.: bei 4 Gegenstimmen beschlossen

-Projekt Neubau Hoheworthbrücke: einstimmig beschlossen

**17. Veräußerung eines ca. 10.498 m<sup>2</sup> großen städtischen Grund-  
stücks am Moorhüttenweg** 18-08178

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage 18-08178 nach Aussprache zur Abstimmung.

**Beschluss:**„Der Veräußerung eines ca. 10.498 m<sup>2</sup> großen städtischen Grundstücks am Moorhüttenweg an den Eigentümer der Immobilie Berliner Str. 53 (real SB-Warenhaus) wird zugestimmt.“**Abstimmungsergebnis:**

bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen beschlossen

**18. Neufestsetzung der Entgelte für den Kinder- und Jugendzeltplatz** 18-08049  
**Grömitz/Lensterstrand**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage 18-08049 nach Aussprache zur Abstimmung.

**Beschluss:**

„Der Kinder- und Jugendzeltplatz Grömitz/Lensterstrand steht Kinder- und Jugendgruppen einschließlich Schulen und anderen Institutionen für Erholungs- und Ferienfreizeiten, Schul- und Landheimaufenthalte, Seminare usw. zur Verfügung.“

Ab Beginn der Belegungszeit 2019 werden die Entgelte je Tag und Teilnehmerin/Teilnehmer wie folgt neu festgesetzt:

		bisher Mai, Juni und Sept.	ab 2019 Juli und August	ab 2019 Mai, Juni und Sept.	ab 2019 Juli und August
1	Unterbringung in Zelten				
1.1	für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Gebiet der Stadt Braunschweig a) bis 6 Jahre b) 6 bis 27 Jahre	8,25 € 16,50 €	8,50 € 17,00 €	8,50 € 17,00 €	8,75 € 17,50 €
1.2	für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene außerhalb des Gebietes der Stadt Braunschweig a) bis 6 Jahre b) 6 bis 27 Jahre	8,75 € 17,50 €	9,00 € 18,00 €	9,00 € 18,00 €	9,25 € 18,50 €
1.3	für Erwachsene ab dem vollen- deten 27. Lebensjahr	18,50 €	19,00 €	19,00 €	19,50 €
2	Bei Unterbringung im Gebäude- trakt				

2.1	für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aus dem Gebiet der Stadt Braunschweig				
	a) bis 6 Jahre	8,75 €	9,00 €	9,00 €	9,25 €
	b) 6 bis 27 Jahre	17,50 €	18,00 €	18,00 €	18,25 €
2.2	für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene außerhalb des Gebietes der Stadt Braunschweig				
	a) bis 6 Jahre	9,75 €	10,00 €	10,00 €	10,25 €
	b) 6 bis 27 Jahre	19,50 €	20,00 €	20,00 €	20,50 €
2.3	für Erwachsene ab dem vollen-deten 27. Lebensjahr	22,50 €	23,00 €	23,00 €	23,50 €
3	Begleitpersonen (Gruppenleiter, Lehrer usw.) zahlen Entgelte entsprechend den Ziffern 1.1, 1.2, 2.1 bzw. 2.2				
4	Für das Ausleihen von Bettwäsche für die Unterbringung in festen Gebäuden jeweils einmalig pro Woche				
	a) für komplette Bettwäsche	5,20 €	5,20 €	5,50 €	5,50 €
	b) für jedes Wäscheeinzelteil	2,00 €	2,00 €	2,10 €	2,10 €
5	Der jeweils gültige Kurbetrag wird zusätzlich in Rechnung gestellt und vor Ort mit den Gruppen abgerechnet (gilt nicht für Jugendgruppen bis 18 Jahre)				
6	Sonderleistungen können vereinbart werden. Sie werden gesondert in Rechnung gestellt. Dazu gehört z. B. auch für Braunschweiger Schulen eine Buchung inklusive Busfahrt sowie aktuelle und saisonale Sonderleistungen vor Ort.				
7	Zur Verbesserung der Auslastung werden folgende Sonderkonditionen in der Vor- und Nachsaison angeboten: Klassenfahrten von Montag bis Freitag im Mai, Juni und September für Schulen				
		bisher		ab 2019	
	a) aus dem Gebiet der Stadt Braunschweig	57 €/Person		59 €/Person	
	b) außerhalb des Gebiets der Stadt Braunschweig	62 €/Person		64 €/Person	
	c) Wochenenden für Jugendgruppen von Freitag bis Sonntag im September“	31 €/Person		32 €/Person	

**Abstimmungsergebnis:**

bei 5 Enthaltungen beschlossen

- 19. Übertragung der Trägerschaft für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße und das Schill-Denkmal auf den Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und Einräumung eines Erbbaurechts** 18-08215

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage 18-08215 nach Aussprache zur Abstimmung.

**Beschluss:**

- „1. In Erweiterung des Beschlusses des Rates aus dem Jahr 1998 (Drs. 1289/98) bietet die Stadt Braunschweig dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. zum Zweck der Übernahme der Gedenkstättenarbeit als eigene Vereinsaufgabe mit Wirkung vom 1. Januar 2019 die Übertragung der Trägerschaft der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig-Schillstraße und des Schill-Denkmales an.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, den für die Übertragung der Trägerschaft notwendigen Erbbaurechtsvertrag über die gesamte Grünfläche (Anlage 1) mit dem darauf befindlichen Invalidenhaus und dem Schill-Denkmal, basierend auf dem in Anlage 2 beigefügten Vertragsentwurf, mit dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. zu verhandeln und abzuschließen.
3. Die Widmung der Gedenkstätte KZ-Außenlager Braunschweig Schillstraße als öffentliche Einrichtung der Stadt wird mit Wirksamwerden des Erbbaurechtsvertrages zum 1. Januar 2019 aufgehoben.
4. Nach Übernahme der eigenverantwortlichen Gedenkstättenarbeit durch den Verein soll zukünftig auch die inhaltliche und pädagogische Vermittlung zu weiteren Themenstellungen ermöglicht werden. Hier kommt insbesondere die Bedeutung der Außenanlage als Resonanzraum unterschiedlicher historischer Schichten mit den Konnotationen zu dem Denkmal für Ferdinand von Schill, dem Aspekt des Gedenkens an die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges und die integralen architektonischen Außenelemente des Gesamtgedenkortes (Tafelwand, Podest, Leuchtschriftwand und Rahmen des archäologischen Befundes) in Betracht. Die inhaltliche Verknüpfung der genannten Themenkreise soll historisch fundiert entwickelt werden.
5.
  - a. Alle dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. durch die Übernahme der Trägerschaft und dem von der Stadt gewünschten Ausbau der Arbeit mit jungen Menschen und Schulen sowie der Forschungs- und Vermittlungsaufgaben entstehenden (auch personalen) Mehrkosten sind durch entsprechende Erhöhung der Kontinuitätsförderung durch die Stadt Braunschweig auszugleichen. Daher wird die Verwaltung gebeten, den entsprechenden Haushaltsansatz für das Haushaltsjahr 2019 um 70.000 € zu erhöhen.
  - b. Die finanziellen Erfordernisse für die laufende Bauunterhaltung, die nicht zur laufenden Bauunterhaltung zählenden Sanierungs-/Instandsetzungs- kosten sowie zukünftige Straßenausbaubeiträge und grundstücksbezogene Gebühren und Beiträge sind jährlich in Abstimmung zwischen dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. und der Verwaltung zu ermitteln und als zusätzlicher Förderbetrag im Rahmen der Aufstellung des Haushaltes zu berücksichtigen.
  - c. Für die vertiefte konzeptionelle Vermittlungsarbeit der unter Punkt 4 genannten Themenkreise wird dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. einmalig ein Betrag von 20.000 € für die Beauftragung einer wissenschaftlichen Expertise als Grundlage der zukünftigen Gedenkstättenarbeit zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung wird gebeten, diese Mittel im Haushalt 2019 einmalig anzumelden.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erinnerungsarbeit für die Gedenkstätte und das Schill-Denkmal zusammen mit dem Arbeitskreis Andere Geschichte e. V. jährlich zu evaluieren. Um die Evaluierung gesellschaftlich bestmöglich zu begleiten, wird die Verwaltung beauftragt, einen Beirat mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft einzuberufen. Über die aus dieser Evaluierung ermittelten Anpassungs- und Entwicklungserfordernisse in der Gedenkstättenarbeit hat die Verwaltung dem Ausschuss für Kultur und Wissenschaft jährlich zu berichten. Diese jährlichen Berichte haben Vorschläge zu Finanzierungsfragen für zukünftige Haushaltsaufstellungen zu enthalten.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

**20. Konzept zum freien WLAN in Braunschweig****18-08278**

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage 18-08278 nach Aussprache zur Abstimmung.

**Beschluss:**

„Dem von der Verwaltung vorgeschlagenen Konzept vom 1. Juni 2018 wird gefolgt. Die Verwaltung berichtet dem Wirtschaftsausschuss regelmäßig über den Umsetzungsstand zur Ausweitung des freien WLAN-Angebotes.“

**Abstimmungsergebnis:**

bei 1 Enthaltung beschlossen

**21. Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter 18-08158****21.1. Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Änderungsantrag der BIBS-Fraktion 18-08382****21.2. Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. 18-08393****21.2.1. Änderungsantrag zu 18-08158: Machbarkeitsstudie Interkommunales Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter Stellungnahme der Verwaltung 18-08393-01**

Oberbürgermeister Markurth bringt die Vorlage 18-08158 ein und erläutert diese ergänzend. Rosenbaum bringt den Änderungsantrag 18-08382 ein und begründet diesen. Ratsfrau Schneider bringt den Änderungsantrag 18-08393 ein und erklärt anschließend, dass dieser zurückgezogen wird. Nach der weiteren Aussprache stellt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber zunächst den Änderungsantrag 18-08382 und im Anschluss daran die Vorlage 18-08158 zur Abstimmung.

**Beschluss zu Änderungsantrag 18-08382:**

„Die Machbarkeitsstudie zum Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter wird **nicht zustimmend** zur Kenntnis genommen, da sie unvollständig ist. **Die Verwaltung wird beauftragt, die Machbarkeitsstudie unter Berücksichtigung und Bewertung folgender Gesichtspunkte zu überarbeiten bzw. überarbeiten zu lassen:**

• **Die Stadtklimaanalyse aus dem Jahre 2012 soll mit einbezogen und bewertet werden. Insbesondere werden dabei die klimatischen Auswirkungen durch das geplante interkommunale Gewerbegebiet auf die nähere Umgebung (z.B. Grundwasserpegel, verminderte Verdunstungen durch Versiegelung etc.) untersucht.**

• **Es soll eine fundierte und erweiterte Evaluierung bestehender Gewerbegebiete in der Region wie insbesondere dem interkommunalen Gewerbegebiet Waller See, dem Gewerbegebiet Hansestraße in BS und den bestehenden Gewerbegebieten in SZ erfolgen.**

• **Zudem soll in der überarbeiteten Machbarkeitsstudie explizit dargelegt werden, an welcher Stelle die gesetzlich vorgeschriebenen Ausgleichs- und Ersatzflächen (Naturschutz und Landwirtschaft) angelegt werden.**

• **Die Stellungnahme der BI SüdWest vom 28.05.2018 wird ebenfalls in die Machbarkeitsstudie aufgenommen, um die darin aufgeworfenen Kritikpunkte und Fragestellungen zu analysieren und zu bewerten.**

**Nach der Überarbeitung unter Berücksichtigung der vorgenannten Aspekte und der**

**Klärung nachfolgender Sachverhalte kann die Machbarkeitsstudie den Gremien erneut vorgelegt werden:**

- Der Regionalverband Großraum Braunschweig hebt im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Vorranggebiet Kiesabbau auf.
- Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten der wirtschaftsnahen Infrastruktur (ausgenommen nachfolgende Anschlussstelle A 39) zu ermöglichen.
- Das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stimmen dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 zu und sichern eine 60-prozentige Förderung **sowie eine Realisierung zu, die vor dem möglichen Baubeginn des Gewerbegebietes erfolgt.**
- Maßnahmen zur Lenkung des Lkw-Verkehrs, insbesondere im Stadtgebiet Salzgitter, werden mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung abgestimmt mit dem Ziel, die Lkw-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen, und im Rahmen der Realisierung umgesetzt.
- Eine Mobilitätsstudie mit Maßnahmen für den ÖPNV, den Radverkehr und zur Förderung von Mitfahrern in Pkw wird erarbeitet, um den ambitionierten Anteil von 25 % am Verkehrsaufkommen im Umweltverbund zu erreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Salzgitter, die offenen Fragen zu klären und über den Fortgang der Gespräche mit den beteiligten Ministerien und Behörden zu berichten. **Einmal pro Quartal erfolgt ein Bericht der Steuerungsgruppe an den Planungs- und Umweltausschuss. Die Fraktionen beider Räte erhalten die Protokolle der Sitzungen der Steuerungsgruppe. Bis zur Klärung der vorgenannten Aspekte und Fragen werden die weiteren Planungen zur Realisierung des interkommunalen Gewerbegebietes ruhend gestellt.**

Für die weitere gutachterliche Klärung der genannten Sachverhalte werden der Verwaltung weitere Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt."

**Abstimmungsergebnis:**

bei 3 Fürstimmen abgelehnt

**Beschluss zu Vorlage 18-08158:**

„Die Machbarkeitsstudie zum Interkommunalen Gewerbe- und Industriegebiet Braunschweig-Salzgitter wird zur Kenntnis genommen. Variante 4 wird nicht weiterverfolgt. Bevor ein Grundsatzbeschluss zur Weiterverfolgung der aufgezeigten Varianten 1 und 2 getroffen wird, wird die Verwaltung beauftragt, folgende Sachverhalte zu klären:

- Der Regionalverband Großraum Braunschweig hebt im Einvernehmen mit dem Land Niedersachsen das Vorranggebiet Kiesabbau auf.
- Das Land Niedersachsen erklärt sich verbindlich bereit, eine 40-prozentige Landesförderung zu den Gesamtkosten der wirtschaftsnahen Infrastruktur (ausgenommen nachfolgende Anschlussstelle A 39) zu ermöglichen.
- Das Land Niedersachsen und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr stimmen dem Bau einer zweiten Anschlussstelle der A 39 zur K 16 zu und sichern eine 60-prozentige Förderung zu.
- Maßnahmen zur Lenkung des Lkw-Verkehrs, insbesondere im Stadtgebiet Salzgitter, werden mit der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr und dem Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung abgestimmt mit dem Ziel, die Lkw-Verkehrsbelastung in den betroffenen Ortschaften deutlich zu minimieren oder sogar ganz auszuschließen, und im Rahmen der Realisierung umgesetzt.
- Eine Mobilitätsstudie mit Maßnahmen für den ÖPNV, den Radverkehr und zur Förderung von Mitfahrern in Pkw wird erarbeitet, um den ambitionierten Anteil von 25 % am

Verkehrsaufkommen im Umweltverbund zu erreichen.

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der Stadt Salzgitter, die offenen Fragen zu klären und über den Fortgang der Gespräche mit den beteiligten Ministerien und Behörden zu berichten. Bis Ende September 2019 werden belastbare Ergebnisse, insbesondere zu den erforderlichen Landesförderungen erwartet.

Für die weitere gutachterliche Klärung der genannten Sachverhalte werden der Verwaltung weitere Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt."

**Abstimmungsergebnis:**

bei einigen Gegenstimmen beschlossen

**22. Programmanmeldung "Stadtumbau - Bahnstadt"**

**18-08153**

**Beschluss:**

„1. Das in Anlage 1 dargestellte Fördergebiet wird gemäß § 171 b BauGB festgelegt. Eine abschließende Festlegung über die Gebietsabgrenzung erfolgt in Abstimmung mit der Programmbehörde auf Grundlage des Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts im Zuge des weiteren Anmeldeverfahrens.

2. Die Stadt Braunschweig erklärt ihre Bereitschaft für die Durchführung der durch den Bund und das Land Niedersachsen geförderten städtebaulichen Gesamtmaßnahme, mindestens ein Drittel der förderungsfähigen Kosten, in Höhe von rund 15,68 Mio. Euro, nach derzeitigem Stand der Planung, aufzubringen.“

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig beschlossen

**23. Anfragen**

Die Anfragen werden von 23:13 Uhr bis 23:27 Uhr behandelt.

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

**23.1. Das Vertrauen in Europa stärken, die Arbeit der Europäischen Union sichtbar machen  
Anfrage der SPD-Fraktion**

**18-07944**

**Ergebnis:**

Die Anfrage 18-07944 wird in die nächste Sitzung verschoben.

**23.2. Laufende Rechtsstreitigkeiten über Baugebiete oder Bebauungspläne  
Anfrage der AfD-Fraktion**

**18-08398**

**23.2.1. Laufende Rechtsstreitigkeiten über Baugebiete oder Bebauungspläne**

**18-08398-01**

Die Beantwortung der Anfrage soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-08398-01).

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 18-08398-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

**23.3. Kein Mietspiegel ab Juli 2018?  
Anfrage der Fraktion Die Linke.** 18-08394

**23.3.1.Kein Mietspiegel ab Juli 2018?** 18-08394-01

**Ergebnis:**

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-08394-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

**23.4. Sachstand: Austausch mit der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles  
Anfrage der BIBS-Fraktion** 18-08396

**23.4.1.Sachstand: Austausch mit der belgischen Gemeinde Aiseau-Presles** 18-08396-01

Die Beantwortung der Anfrage soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-08396-01).

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 18-08396-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

**23.5. Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt  
Anfrage der SPD-Fraktion** 18-07637

**23.5.1.Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt** 18-07637-01

Die Beantwortung der Anfrage soll schriftlich erfolgen (Stellungnahme 18-07637-01).

**Ergebnis:**

Die Stellungnahme 18-07637-01 wird schriftlich zur Kenntnis gegeben.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

**Nichtöffentlicher Teil:**

**24. Eröffnung des nichtöffentlichen Teils der Sitzung**

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte der nichtöffentlichen Teile der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth  
Oberbürgermeister

Graffstedt  
Ratsvorsitzender

Geppert  
Protokollführerin